

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Rtn 20 Pf.
Bernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingeländt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenkass, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 52

Freitag, 4. März

1921

Die Verbündeten und die deutschen Vorschläge.

London, 2. März. Das Reuter-Bureau gibt folgende autoritative Analyse der Ansichten der Verbündeten über die deutschen Vorschläge: Der von den Verbündeten in Paris für die Bezahlung der Reparationen durch Deutschland vorbereitete Plan erläßt Deutschland zugunsten der Verbündeten einen erheblichen Teil der Summe, die es auf Grund des Versailler Vertrages zu zahlen hätte. Die deutsche Regierung gibt ihre Antwort auf den Pariser Plan, und zwar unter vier Bedingungen: 1. daß die Beschränkungen bei Deutschland über die Reparationen auf Grund des Versailler Vertrages befreit wird, 2. daß die Verbündeten auf ihre Rechte nach dem Friedensvertrage auf die Liquidation deutschen Privateigentums verzichten. Das Reuter-Bureau fährt fort: Dieser Vorschlag verdient weder eine Prüfung, noch eine Diskussion. Um seinen wahren Charakter zu zeigen, braucht man nur auf folgende Punkte hinzuweisen: Die deutsche Regierung nimmt an, daß sie ohne weiteres den Gegenwert der festgesetzten Annuitäten auf Grund der 8 Proz. Rechnung herauszufallen kann. Der Pariser Plan gestalte die Anwendung nur für die Diskontierung der für die ersten beiden Jahre festgesetzten Annuitäten; zweitens, die deutsche Regierung kennt nicht den Wert der im Pariser Plan vorgesehenen variablen Annuitäten, deren Höhe von dem Werte der deutschen Währung abhängt; drittens, die im Pariser Plan vorgesehenen Annuitäten gelten als Zuschlag zu jeglicher Summe, die auf Grund der Reparationsbestimmungen gezahlt werden soll; viertens, die deutsche Regierung nimmt den Wert der auf Grund verschiedener Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage geleisteten Zahlungen auf 20 Milliarden an. Die Reparationskommission bezieht den Wert dieser Leistungen auf weniger als die Hälfte dieser Summe. Es wird sich herausstellen, daß der Betrag, welcher der deutschen Regierung in Berücksichtigung dieser Leistungen auf die Reparationsrechnung gutgeschrieben werden soll, sehr klein ist. Fünftens: Die deutsche Regierung macht Gebrauch von der 8-Prozent-Tabelle in der Weise, daß den Betrag zu erhöhen, den sie schuldet. Die deutsche Regierung schlägt vor, daß die Zinsen ihrer Schuld auf 5 Proz. beschränkt bleiben sollen. Sechstens: Die deutsche Regierung schlägt vor, daß alle Sicherheiten in dem Ausgabebudget von der Steuer befreit werden und daß die Ausgaben mit einem Teil ihrer eigenen Verbindlichkeiten. Siebenstens: In der Annahme, daß der Betrag, den Deutschland während der ersten fünf Jahre bezahlt, 1 1/2 Milliarden beträgt, und daß die Gesamtverschuldung in 30 Jahren abgetragen wird, wird der Betrag, den es zu zahlen haben wird, während der 25 Jahre, die auf diese Zeit folgen und die zur Verzinsung und Amortisierung der gesamten Schuld dienen sollen, 3 Milliarden jährlich betragen. Der Gegenwert der deutschen Zahlungen beläuft sich auf höchstens 27 Milliarden. Es ist nur möglich, sagt das Reuter-Bureau, diese Summe mit dem Betrage der Zahlungen zu vergleichen, die nach dem Pariser Plane geleistet werden sollen, um die ganze Unzulänglichkeit der deutschen Vorschläge auszuweisen. Nach dem Pariser Plane beläuft sich der Gegenwert der letzten Jahreszahlungen allein nach der 8% Tabelle auf 53 Milliarden Goldmark. Diese Tabelle ist indessen nur auf die Diskontierung der zukünftigen Jahreszahlungen während der ersten beiden Jahre anwendbar. Nach der 5% Tabelle (die auf die Diskontierung nach 1925 angewendet werden kann) ist der Gegenwert über 83 Milliarden Goldmark. Es ist selbstverständlich schwer, den Wert der variablen Jahreszahlungen, wie sie der Pariser Plan vorsieht, zu schätzen. Aber zum mindesten muß auf die obengenannten Punkte in Berücksichtigung dieser Annuitäten ein wesentlicher Rücksicht gemacht werden. Die Summe, von der die deutsche Regierung verlangt, daß die Verbündeten sie als Abgeltung ihrer Schuld annehmen, erreicht also nur einen kleinen Bruchteil der in Paris festgesetzten Summe. Die Folge würde sein, daß die auswärtige Schuld Deutschlands, die sich aus seiner Verbindlichkeit aus der Reparation befreit, nur einem geringen

Die Londoner Konferenz.

Das Abkommen der alliierten Vertreter.

London, 2. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt in der Lage zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

1. Die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt.
2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bleiben, wobei wohlgeachtet die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführungsmöglichkeiten verständigen können.
3. Die deutsche Abordnung wird vor eine Frist von 4 Tagen gestellt, um ihre An-

nahme des Abkommens vom 29. Januar kundzugeben.

4. Falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenhöfen besetzen.

Wenn Deutschland weiterhin bei seiner Unwilligkeit verharret, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen getroffen werden, wie z. B.

1. Erhebung der Hälfte des Erlöses aus den Verkäufen Deutschlands im alliierten Ausland.
2. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, die des links Rheins vom jenseitigen Deutschland abtrennt, und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

Dem die Reparationskommission in ihrer Schätzung nicht ganz auf die Hälfte dieses Betrages kommt, so ändert dies nichts an unserer Berechnung, die Berechnung von 20 Milliarden zu fordern. Im übrigen haben wir uns ausdrücklich bereit erklärt, die genaue Festsetzung des Wertes der Leistungen einer gemischten Sachverständigenkommission zu übertragen. Zu 5. In die Antwort bereits unter Nr. 1 gegeben. Zu 6: Die deutsche Anregung, daß die internationale Anleihe in allen Emissionenländern steuerfrei sein soll, ist innerlich wohlgegründet. Die Gründe dafür hat der Reichsminister Dr. Simons in seiner Rede vor der Londoner Konferenz ausführlich dargelegt. Die finanziellen Opfer, die von den einzelnen Emissionsländern verlangt würden, lassen sich ziemlich genau berechnen. Angenommen, die Anleihe wäre mit 4 Proz. verzinslich und die Gesamtsumme, die darauf entfallen würde, betrage 25 Proz. der Zinsen, so würde die Schwere an Steuern 1 Proz. des Nominalbetrages der Anleihe ausmachen. Dagegen aber steht das große finanzielle und wirtschaftliche Interesse, das die Emissionsländer an der Lösung der Gesamtwirtschaft haben. Insbesondere würden die Vereinigten Staaten von Amerika durch eine tatkräftige Beteiligung an dem Erfolg der steuerfreien Anleihe in den Zustand gerückt werden, ihre Waren wieder nach Europa absetzen und damit ihrer jetzigen inneren wirtschaftlichen Krise zu steuern. Im übrigen würde das Opfer nicht allein die Verbündeten, sondern vor allem auch die neutralen Staaten und Deutschland selbst treffen. Denn Deutschland ist bereit, einen erheblichen Teil der Anleihe im eigenen Lande anzulegen. Nur auf diese Weise, nämlich durch das Verprechen der Steuerfreiheit für die Anleihegelder, würde es übrigens möglich sein, einen erheblichen Teil des ins Ausland gerichteten deutschen Kapitals wieder zurückzuführen und damit einer Forderung der Alliierten selbst zu entsprechen und der Reparation dienlich zu machen. Zu 7: Die Alliierten betonen, daß bei Annahme der deutschen Vorschläge die Jahresbelastung Deutschlands nach Ablauf der ersten fünf Jahre etwa drei Milliarden betragen würde. Eine solche jährliche Last geht weit über das hinaus, was nach dem Urteil aller Sachverständigen überhaupt noch als tragbar anzuweisen ist. Dann wird gesagt, daß der Zeitwert der gesamten Zahlung gemäß den deutschen Vorschlägen etwa 27 Milliarden betragen würde, und daß dies nur ein geringer Bruchteil der Pariser Forderungen sei. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß diese 27 Milliarden zusätzlich 20 Milliarden Vorleistung insgesamt 47 Milliarden betragen, eine Zahl, die den geforderten 43 Milliarden Zeitwert ganz nahe kommt. Im übrigen aber könnte es den Verbündeten ja nur lieb sein, wenn durch geschickte Finanzierung der gesamten Reparations-schuld Deutschland es ermöglicht wird, mit einem verhältnismäßig niedrigen Gesamtbetrag auszukommen. Um so mehr wird das deutsche Wirtschaftslieben geträgt und um so eher wird Deutschland imstande sein, die versprochenen Leistungen durchzuführen.

Wir kennen den Text, wir kennen die Weise!

Von Ernst Böhm.

Ein paar unerfreuliche Erinnerungen: Am 28. Juni 1919 wurde das Versailler Diktat unterschrieben. In jenem Frühling und Sommer des Unheils war man in Deutschland nach der langen Nachkriegsblockade noch nicht wieder daran gewöhnt, hinauszusehen zu können in die Welt. Man hatte auch die Lage vielfach noch nicht klar erkannt. Man lauschte auf Unheimlichkeiten unter unseren Feinden und hoffte auf sie. Denn man wollte es nicht einsehen, daß kein Zwist unserer Gegner so tiefgründig hätte, daß die gemeinsame Feindschaft gegen Deutschland den Weg nicht schließlich doch auf unsere Köpfe wieder überbrücken würde. Und so geschah es, daß eine wahre Flut von Trost- und Erfreuer Nachrichten sich über uns ergießte, daß sie offene Spalten in unseren Zeitungen und offenen Augen bei deren Lesern finden konnten, daß man den größten Teil unseres Volkes fast hilf- und hilflos dem Einbruch dieser Schreckensnachrichten preisgegeben sah. So gelang es unseren Feinden, die Unerschrockenheit schließlich mit demütheter Duldsamkeit des größten Teils unseres Volkes zu erschöpfen.

In diese Hoffnungslosigkeit soll hier erinnert werden. Es es damals zweifelhaft war, daß die Regierung, wie ich bezeugen möchte, nach bestem Gewissen die Unerschrockenheit schließlich gab, oder ob es tüchtiger gewesen wäre, diese Unerschrockenheit zu verweigern, bleibe in diesem Zusammenhang dahingestellt. Das für uns Bemerkenswerte ist der zweifelhafte Erfolg, den der Presse- und Propaganda-feldzug unserer Feinde damals erreicht hat: Die Mehrheit unseres Volkes kam zu, daß bewußt und in voller Erkenntnis dieser Tatsache Unwahres, Unwünschtes und Unmögliches von uns unterzeichnet und übernommen werde.

Es ist lehrreich, sich eine kleine Blätterlese aus dem damaligen Trostfeldzug zu vergegenwärtigen. Da war zunächst die Drohung mit der Absperrung der Rheinlande. Es wurde gemeldet, daß französische Divisionen für eine neutrale und selbständige Republik Ostpreußen offen geworden hätten. Am 1. Juni hieß es dann, daß außerdem in Wiesbaden die russische Republik und in Koblenz die rheinische Republik ausgerufen werden sollten. Der kommunistische Partein, ein ehemaliger Staatsanwalt, sang in jenen Tagen an, mit französischer Hilfe sein Wesen zu treiben. Besorgniserregende Nachrichten über sein Treiben liefen durch alle deutschen Zeitungen. Die Kunde aufsehenerregender Verhaftungen verbreitete sich. Es wurden der sozialdemokratische Präsident der preussischen Kammer und ein Redakteur der gleichen Partei von den Franzosen ins Gefängnis geworfen, weil sie gegen die eben erwähnten Untrübe Stellung genommen hätten. Dann kamen die militärischen Drohungen: Polnische Truppenansammlungen an der Grenze, polnische Flieger überlegten deutsche Gebiete, polnische Grenzverletzungen und Grenzmaßnahmen gegen Deutsche im Ostpreußen. Meldungen von Sonderzügen, die mit belgischen Soldaten aus Belgien nach Deutschland abgefahren seien. Englische Kreuzer und Torpedobootzerflörer demonstrierten in den Zufahrtswegen zur Elbe. Nachrichten von gewaltigen Truppenansammlungen und Militärtransporten im Elsaß, in Lothringen und im Rheinland, ja ganze Operations- und Marschpläne, die gegen uns entworfen seien, wurden in unsere Presse geleitet. Schreckenerregende Maßnahmen gegen die Bevölkerung im belgischen Gebiet. So mußten sich alle wehrfähigen Männer im Bezirk Wiesbaden zu einem Generalappell melden. Selbstverständlich wiederholten sich aller paar Tage die Nachrichten von Inspektionen französischer Generale, von Drohreden, die sie an ihre Truppen gehalten hätten. Eine besondere Wölfe spielte das Anmachen der uns durch die schwarzen Truppen beweisenden Schrecknisse. Hinzu kam, in verschiedener und nicht ungeschickter Aufmachung, das wiederholte Androhen der Wiedervereinigung. Und als Krönung des Ganzen verbreiteten die Feinde die Meldung, daß auch den Oberbefehl über die tschecho-slowakische, rumänische und polnische Armee erhalten habe mit allen Vollmachten, um am Abend des verhängnisvollen Monats, an dem in Weimar die Entscheidung über die Unterzeichnung fallen sollte, den Vor-